

haltenen Bestimmungen, jede Verletzung der Gesetze, mag sie begehen, wer immer sie begehen mag, ist ■unnachichtig zu bestrafen.

(Beifall bei der LDP)

Grundlage in einem wirklich demokratischen Staat kann nur, als ein wichtiges Glied, die Rechtssicherheit sein. Daher sind wir der Ansicht, daß der Zustand der Vergangenheit abgelöst werden muß durch eine parlamentarisch-demokratische Untermauerung unseres gesamten politischen Lebens. Wir sind darüber hinaus auch der Ansicht, daß das Volk, jeder einzelne Bürger und jede einzelne Bürgerin das unbedingte und unerschütterliche Gefühl haben muß, daß die Gesetze in unserem Staate von allen beachtet werden, und daß es keine zweckgebundene Auslegung der gesetzlichen Bestimmungen geben kann. Wir sind weiter der Ansicht, daß das, was wir als Übergangserscheinung zu werten bereit sind, endgültig der Vergangenheit angehören muß. Wir verlangen als die höchste demokratische Vertretung des Volkes, daß jeder Funktionär und jeder Angestellte draußen im Lande nach dem Willen der Regierung und nach dem Willen der Volkskammer bei der Auslegung der Gesetze handelt. Eine persönliche und von eigener Einstellung zu den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen getragene Auslegung ist unerträglich.

Wir sind weiter der Ansicht, daß jetzt der Zeitpunkt gekommen ist, wo wir, gefestigt in unserer politischen Arbeit und unserer wirtschaftlichen Entwicklung, überprüfen müssen, ob nicht Urteile der Vergangenheit, die gefällt wurden, um den Willen des Volkes zur Durchsetzung zu bringen, einer Nachprüfung durch eine Amnestie unterliegen können. Wir sind uns darüber im klaren, daß ohne eine einheitliche, gerechte und auch strenge Justiz nicht der Zustand geschaffen werden kann, der den Bürger zur Achtung vor den Gesetzen zwingt. Wenn aber in Übergangszeiten zum Zwecke der Abschreckung und des Fernhaltens neuer Vergehen auf der gleichen Linie besonders harte und strenge Urteile gefällt werden müssen, so gibt es einen Zeitpunkt, wo man dies überprüfen kann, soll und muß. Diese Ausführungen beziehen sich keineswegs auf jene Menschen, die während der Nazizeit Schuld auf sich geladen haben und wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit bestraft worden sind. Sie beziehen sich aber sehr wohl auf Menschen, die in politischer Verblendung während der Nazizeit mehr den eigenen Interessen gedient haben, als die Haltung gegenüber einer politischen Entwicklung einzunehmen, die man von ihnen an sich zu erwarten berechtigt gewesen wäre.

In der Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten haben uns besonders die Ausführungen befriedigt, daß man endlich eine Regelung für die Ärmsten des Volkes anstrebt und unter ihnen auch für diejenigen, die Opfer des Faschismus sind. Während man sich im Westen über die Höhe der Pensionen von Generalen und SS-Offizieren unterhält, wollen wir uns darüber unterhalten, wieweit unsere materiellen Mittel reichen, um das von den Nazis begangene Unrecht an den Opfern wiedergutzumachen.

(Allseitiger Beifall)

Wir sind weiter der Überzeugung, daß unsere wirtschaftliche Entwicklung nicht nur von dem Sektor der volkseigenen Betriebe getragen wird, sondern wir sind darüber hinaus der Ansicht, daß in unserer Wirtschaft die verantwortungsbewußte und den Aufgaben des Staates zugängliche Privatindustrie nicht entbehrt werden kann. Wir glauben, daß es - gerade für jene Kreise eine besondere Ermunterung darstellen würde, wenn sie die Gewißheit bekämen, daß sie für sich selbst und ihr Unternehmen in Ruhe zu arbeiten in der Lage sind, solange sie sich nicht gegen die Gesetze vergehen. Der Zustand, daß man kleine Vergehen zum Anlaß

nimmt, gerade in diese Kreise eine Unsicherheit hineinzugetragen, muß der Vergangenheit angehören.

(Beifall bei der LDP)

Über allem aber steht eines, und auf die Betonung dieses Punktes legen wir Liberaldemokraten besonderen Wert: Grundlage unseres staatlichen Handelns und der Beziehungen der Bürger zum Staat ist und bleibt ausschließlich die von uns geschaffene und verabschiedete Verfassung. Die Verfassung ist die Grundlage des Lebens, und wir wollen nicht in die Fehler der Weimarer Zeit zurückfallen, wo wir eine von allen Staatsrechtlern und auch anderen Menschen anerkannte vorzügliche Verfassung gehabt haben, die aber nicht mit Leben erfüllt wurde, obwohl sie den Interessen des gesamten Volkes zu dienen geeignet war. Eine Verfassung mag noch so schön klingen, ihren wirklichen Wert erfährt und erfüllt sie erst dann, wenn sie von dem Geist derer getragen ist, die sie geschaffen haben. Die Verfassung ist die Grundlage, von der aus alles politische Leben seine Kraft erhält und auf die vertrauend jeder Bürger mit uns gemeinschaftlich den Weg gehen muß und kann, der in eine hoffentlich bessere Zukunft führt.

Die Festsetzung der Wahlen auf den 15. Oktober 1950 hat auch Zweifelsfragen in dieser Richtung zum Schweigen gebracht, denn diese Erklärung, daß an diesem Tage die Wahlen stattfinden, das Versprechen, das damit vor dem Volke und der Weltöffentlichkeit abgegeben worden ist, muß auch die letzten Zweifler zum Verstummen bringen.

Wir glauben daran, daß die Regierung, die sich heute dem Hohen Hause vorgestellt hat, noch nie Zweifel darüber gehabt hat in der Vergangenheit, soweit die Mitarbeiter im politischen Leben gestanden haben, und darum auch keinen Zweifel haben wird, daß wir bereit sind, sie allenthalben zu unterstützen.

Wir setzen ein großes Vertrauen in diese Regierung, ein Vertrauen, das nicht zuletzt getragen wird von dem neuen Weg, der besritten wurde, indem die Führer und Vorsitzenden aller Parteien in dieser Regierung mit tätig sind. Wir wollen mit dieser Regierung gemeinschaftlich arbeiten zum Wohle des ganzen deutschen Volkes und unbeirrbar unseren Weg mit ihr gehen zum Frieden, zur Einheit und zur Freiheit!

(Lebhafter, langanhaltender Beifall)

Präsident Dieckmann:

Für die Fraktion der Christlich-Demokratischen Union spricht nun Herr Gerhard Rohner.

Abg. Rohner (CDU):

Meine Damen und Herren! Im Namen der Christlich-Demokratischen Union bin ich beauftragt, an diesem entscheidenden Wendepunkt der deutschen Geschichte folgende Erklärung abzugeben:

Als 1945 die Christlich-Demokratische Union in ihrem Gründungsauftrag zur Bildung der Partei aufrief, war sie von dem Willen beseelt, auf dem Boden der dem deutschen Volk im Abkommen von Potsdam gegebenen Rechte eine Politik der Verständigung und des Friedens durchzuführen, und wenn in diesen Tagen die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken dem deutschen Volk durch die Übergabe der Souveränität einen bedeutenden Vertrauenerweis erbracht hat, dann ist das nicht zuletzt auch der Erfolg der Arbeit der Christlich-Demokratischen Union gewesen.

Das Potsdamer Abkommen, das von der Christlich-Demokratischen Union mit allen Rechten und Pflichten anerkannt wird, hat dem deutschen Volk drei wesentliche Verpflichtungen auferlegt, die der Entmilitarisierung, der Entnazifizierung und der Demokratisierung.